

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Rathausplatz 1 · 59192 Bergkamen

An den
Bürgermeister der Stadt Bergkamen
Herrn Thomas Heinzl

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Bergkamen**

Rathausplatz 1
59192 Bergkamen
Tel.: (0 23 07) 9 65 - 3 73
gruene-fraktion@bergkamen.de

Bergkamen, 4. Februar 2026

Antrag für die Aufrechterhaltung der Schulsozialarbeit im bisherigen Umfang

Sehr geehrter Bürgermeister Heinzl,
die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Bergkamen stellt folgenden Antrag für die Aufrechterhaltung der Schulsozialarbeit im bisherigen Umfang:

Antrag

Für das Haushaltsjahr 2026 werden ausreichend städtische Mittel bereitgestellt, um die Schulsozialarbeit an den Bergkamener Schulen zumindest im bisherigen Umfang sicherzustellen.

Begründung

Schulsozialarbeit ist ein wesentlicher Faktor zur Stärkung der Persönlichkeit und des Sozialverhaltens; sie unterstützt Eltern und Schüler*innen bei den Anträgen für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) und trägt zur Gestaltung eines inklusiven Schulumfeld bei. Für viele Schülerinnen und Schüler sind Schulsozialarbeiter*innen zudem wichtige Vertrauenspersonen.

Kinder und Jugendliche sind aktuell mehr denn je mit Krisen, Unsicherheiten und Belastungen konfrontiert. Diese können durch Familien und im Unterricht nicht immer aufgefangen

werden. Insbesondere Kinder in problematischen Lebenssituationen und mit besonderen Unterstützungsbedarfen profitieren vom Angebot der Schulsozialarbeit.

Gesetzlich müssen sich Gemeinden mit 20 Prozent an den Kosten für Schulsozialarbeit beteiligen.

Bergkamen hat in den vergangenen Jahren erheblich mehr als den gesetzlich vorgesehenen Anteil aufgewendet und auf diese Weise zumindest eine grundlegende Versorgung an fast allen Schulen geschaffen.

Dies war wichtig und richtig; und es bleibt auch für die Zukunft wichtig und richtig.

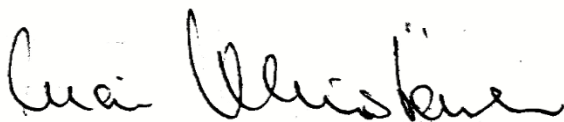
Deshalb muss auch bei der unbestritten schwierigen Haushaltssituation, die Schulsozialarbeit an den Bergkamener Schulen zumindest im bisherigen Umfang aufrecht erhalten bleiben, um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler zu sichern.

Kürzungen bei sozial-präventiven Unterstützungsleistungen mögen kurzfristig Geld sparen, führen jedoch mittel- bis langfristig zu mehr Sozialausgaben.

Selbstverständlich wäre es angebracht, wenn das Land hier mehr Verantwortung übernehmen und mehr Geld in die Schulsozialarbeit investieren würde. Dass dies nicht geschieht, darf sich jedoch nicht nachteilig für die Schülerinnen und Schüler auswirken. Insofern müssen wir auf kommunaler Ebene dieses Unterstützungsangebot finanziell absichern.

Die Mehraufwendungen bei der Schulsozialarbeit gegenüber dem Haushaltsplanentwurf lassen sich durch Mehreinnahmen aus einer Erhöhung der Vergnügungssteuer kompensieren.

Mit freundlichen Grüßen



Lucie Kleinstäuber
Fraktionsvorsitzende



Harald Brückner
Fraktionsvorsitzender

Nachrichtlich an:

Erste Beigeordnete Frau Busch

Beigeordnete und Kämmerin Frau Diebel

Technischer Beigeordneter Herrn Toschläger

Fraktionsvorsitzender SPD, Herrn Derichs

Fraktionsvorsitzender CDU, Herrn Wehmeier

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, Herrn Schröder

Gruppe BergAUF

Einzelratsmitglied FDP, Herrn Knuhr

Fraktionsvorsitzender AfD, Herrn Möllmann